

Bundestagswahl 2025

Die Positionen und Erwartungen des Internationalen Bundes

Inhalt

Hier finden Sie unsere Themen und wichtigsten Thesen im Überblick. Auf den entsprechenden Seiten finden Sie die dazugehörigen Argumente.

Vorwort	03
1. Hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung vom Beginn bis in die Grundschule!	04
2. Zuwanderung als Chance begreifen und die Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationsbiografie fördern!	05
3. Zugangsbarrieren in die Freiwilligendienste abbauen, um deren Potenzial auszuschöpfen!.....	05
4. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!	06
5. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!	06
6. Übergang Schule – Beruf : Kräfte bündeln, Zugänge schaffen, Übergänge begleiten!.....	07
7. Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang zwischen Schule, Jugendhilfe und Beruf muss fachlich gut gestaltet werden!	08
8. Junge Wohnungslose nicht alleine lassen!	08
9. Wohnungslosigkeit überwinden!.....	09
10. Integration internationaler Fachkräfte über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!	09
11. Wir müssen das Gesamtprogramm Sprache stärken!	11
12. Stärkere strukturelle Förderung für Politische Bildung / Demokratiebildung !	12
13. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen!	13
14. Zivilgesellschaftliche Träger wie der IB sollten staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen!	13
15. Überfällig: Bundesweite Fachkräftestrategie für Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe !	14
16. Für wirkliche Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen!	15
17. Weiterbildung zukunftssicher aufstellen – die „Weiterbildungsnation“ voranbringen!	16
18. Für einen ganzheitlichen Digitalisierungsansatz , der Aus- und Weiterbildung einschließt!	18
Fachliche Ansprechpartner*innen	19

Vorwort

Frankfurt am Main, im Januar 2025

Der Internationale Bund (IB) ist mit mehr als 14.000 Mitarbeitenden ein großer Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland. Wir kommunizieren regelmäßig öffentlich und mit großer Expertise zu den drängenden sozial- und gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit. Beispielsweise haben wir 2024 zum „Jahr der Demokratie“ erklärt und mit Veröffentlichungen sowie Veranstaltungen für die Werte unseres Grundgesetzes geworben. Genau wie Letzteres hat der Internationale Bund in den vergangenen Monaten seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Systematisch lassen wir in unseren Publikationen praxiserfahrene Fachleute des IB aus seinen zahlreichen Arbeitsfeldern zu Wort kommen. Wir wissen, wo in der kommenden Legislaturperiode Handlungsbedarf besteht. Wir wissen genauso, dass die Öffentlichkeit von der Politik die Lösung vieler Probleme erwartet. Unsere Expertise kann helfen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Themen, zum Beispiel Fachkräftemangel und soziale Ungleichheit, besser zu verstehen – und Ihnen damit effektiver entgegenzutreten.

Letztlich sehen wir uns als Stimme unserer Klienten*Klientinnen. Es sind diese Menschen – und es ist unsere ganze Gesellschaft, für die wir uns jeden Tag engagieren. Wir arbeiten mit jungen und älteren Menschen, manche davon haben einen Migrationshintergrund oder eine Behinderung. Wir kümmern uns um Menschen ohne Arbeit oder Wohnung, Kinder und ihre Familien. Der IB kennt die Situationen, in denen sie leben, er weiß, welche speziellen Unterstützungswünsche sie haben.

#MenschSeinStaerken ist das Leitbild des Internationalen Bundes. Nur im Schulterschluss mit Politik und Gesellschaft kann es gelingen, dies flächendeckend umzusetzen. Lassen Sie uns gerne weiter konstruktiv zusammenarbeiten! Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen



Petra Merkel
Präsidentin

1. Hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung vom Beginn bis in die Grundschule!

Mehr Zeit für Kinder!

- Eine angemessene Ausstattung der Kitas mit Fachpersonal ist Voraussetzung für mehr Zuwendung, individuelle Förderung und Begleitung sowie mehr Zeit für jedes Kind.
- Der Internationale Bund (IB) fordert daher, den wissenschaftlichen Empfehlungen der AG Frühe Bildung von 2024 zu folgen: Innerhalb der kommenden Legislaturperiode müssen bundeseinheitliche Standards festgeschrieben werden, die eine Fachkraft-Kind-Relation für unter dreijährige Kinder von 1:3 und für über dreijährige Kinder von 1:9 vorsehen. Zudem muss Politik eine flächendeckende Fachberatung sicherstellen, um die vermehrt multiprofessionellen Teams qualitativ zu begleiten.
- Die pädagogische Arbeit an Grundschulen im Ganztag und in Horten muss durch Professionalität und Fachlichkeit gestärkt werden. Grundschulen sollten Bildung an den Bedürfnissen der Kinder ausrichten.
- Es gehört zu den Rechten von Kindern, mehr Chancengerechtigkeit und somit bessere Entwicklungs- und Teilhabechancen zu erfahren.
- Die Freistellung für Ausbildungsbegleitung, Teamleitung und Fachberatung muss gewährleistet werden. Ausfallzeiten und Zeitkontingente für mittelbare Pädagogik müssen refinanziert sein. Nur mit hoch qualifizierten und motivierten Teams können wir den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen und den Kindern faire Zukunftschancen ermöglichen.

Mehr Bildung für eine nachhaltige Entwicklung!

- Kinder sollten fit für die Zukunft werden. Der IB setzt sich dafür ein, Beteiligung zu fördern, ernst gemeinte Partizipation zu gestalten und Kinderrechte greifbar zu machen. Dafür brauchen Kinder sowohl ein stabiles und verlässliches Umfeld als auch eine gegenseitig wertschätzende Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Fachkräften.
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) sollte bereits im Elementarbereich fest verankert sein. Auch in den Angeboten für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren muss Raum für eine Kompetenzentwicklung sein, die verantwortungsvolles Denken und Handeln für eine lebenswerte Zukunft aller ermöglicht – schulfächerübergreifend und über das formale Lernangebot hinaus. Um diesen umfassenden Wandel gestalten zu können, fordern wir für Studium, Ausbildung, Fachberatung und Weiterbildung im Feld der Elementarbildung und der Bildung für Kinder bis zwölf Jahre eine Bildungsinitiative.

Mehr Qualität für eine faire Zukunft!

- Der Bedarf an guten Tageseinrichtungen für Kinder ist weiterhin hoch. Die neue Bundesregierung sollte den Ausbau von Krippe, Kita, Hort und Angeboten im Ganztag verlässlich und finanziell tragfähig vorantreiben.
- Die Ausbildung und Qualifizierung in der Praxis muss ausgebaut werden und durch eine verlässliche Ausbildungsfinanzierung an Attraktivität gewinnen.

2. Zuwanderung als Chance begreifen und die Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationsbiografie fördern!

Es müssen Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben und in politischen Prozessen bestehen, damit sich Menschen zugehörig fühlen und eine vielfältige Gesellschaft an ihren Herausforderungen wachsen kann. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, die zusätzlich die Herausforderungen der Integration bewältigen müssen.

Gerade für diese Zielgruppe gilt es, Bildungsangebote zugänglicher zu gestalten, indem Voraussetzungen wie der Erwerb der deutschen Sprache durch das Integrationskursangebot oder eine zielgerichtete Beratung über die Jugendmigrationsdienste flächendeckend und gut ausgestattet bestehen.

Ab 2025 fehlen in Deutschland jährlich 290.000 Fachkräfte. Um diesem hohen Fachkräftemangel zu begegnen, muss Deutschland in eine Einwanderungspolitik investieren, die das Menschenrecht als Grundlage hochhält und zugewanderten oder geflüchteten Menschen schnelleren Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt ermöglicht.

- Der flächendeckende Ausbau der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung ist hier ganz relevant. Diese Beratungsstellen sorgen für ein schnelleres und transparenteres Verfahren in der Anerkennung oder Ablehnung des Asylantrags Schutzsuchender. Damit entlasten sie nicht

nur das Rechtssystem in Deutschland, sondern tragen dazu bei, dass Personen schneller Zugang zu Unterstützungs- und Bildungsangeboten erhalten oder abgeschoben werden.

- Im Weiteren sind Investitionen in die Beratungsstrukturen des Bundes wie die Jugendmigrationsdienste sowie das Aufrechterhalten des wirkungsvollen Sprachkursangebots entscheidend.
- Um dem Erstarken von Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu begegnen, ist der Ausbau und das Fortschreiben der Programme Respekt Coaches und Mental Health Coaches von großer Relevanz. In beiden Programmen stärken Fachkräfte die Resilienz der Schülerinnen und Schüler und vermitteln ein Bewusstsein für demokratische Prozesse.

Die hier als Beispiele aufgezählten Angebote weisen fachliche Synergien zueinander auf, die zusammen ein wirksames und stringentes Unterstützungssystem bilden, sofern sie finanziell adäquat ausgestattet sind. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Zugehörigkeit, zur Bewältigung des Fachkräftemangels und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

3. Zugangsbarrieren in die Freiwilligendienste abbauen, um deren Potenzial auszuschöpfen!

Jedes Jahr engagieren sich Zehntausende, überwiegend junge Menschen in den verschiedenen Formaten der Freiwilligendienste in gemeinwohlorientierten Einrichtungen – beim IB seit 60 Jahren. Freiwilligendienste haben positive Auswirkungen auf persönliche Entwicklung, berufliche Orientierung sowie gesellschaftliches Miteinander. Die Freiwilligendienste sind sehr beliebt. Die Teilnehmenden entwickeln sich innerhalb des Bildungsjahres per-

sönlich weiter, gewinnen Kompetenzen, Selbstsicherheit und Orientierung. Die Einsatzstellen profitieren durch zusätzliche Unterstützung für die hauptamtlichen Fachkräfte und die Gelegenheit, Nachwuchs zu gewinnen. Die Freiwilligendienste sind Motor der Demokratie, da sie idealer Lernort sind für Politische Bildung und Demokratieförderung. Die Petition #Freiwilligendienststärken mit über 100.000 Unterschriften, die von Freiwilligen initiiert wurde, hat das

höchste Votum im Petitionsausschuss des Bundestags bekommen.

Die Freiwilligendienste sind offen für alle Menschen, aber oft ist das Angebot zu unbekannt oder Interessierte können sich eine Teilnahme nicht leisten. Deshalb fordern wir eine Förderung der Öffentlichkeitsarbeit und des Bewerbungsverfahrens sowie die Einführung eines einheitlichen und durch den Bund geförderten Freiwilligengeldes. Dann könnte man jeder interessierten Person einen Freiwilligendienst anbieten und die Freiwilligendienste nachfragegerecht ausbauen. Zudem bedarf es eines Rechtsanspruchs auf Förderung der Freiwilligendienstplätze.

Um einen Ausbau der Freiwilligendienste oder eine attraktivere Gestaltung zu erreichen, müsste der Haushaltstitel aufgestockt werden. In jedem Fall soll-

te der Etat mindestens das Niveau von 2024 halten, um der Nachfrage überhaupt gerecht zu werden. Gleichzeitig braucht es wegen der Überjährigkeit der Dienste jeweils eine gleichbleibende Finanzierung im Folgejahr. Das Interesse an Plätzen nimmt nach den Post-Corona-Jahren wieder zu, sodass jede weitere Kürzung des Etats dieses Angebot gefährdet. Dass manche Parteien einerseits einen verpflichtenden Dienst fordern, bei dem Bedarf, Umsetzbarkeit und Finanzierung offen sind, und andererseits die Freiwilligendienste vernachlässigen, können wir nicht nachvollziehen.

Der IB hat gemeinsam mit vielen weiteren Verbänden aktuell das Forderungspapier „Freiwilligendienste Jetzt!“ veröffentlicht, das auf diese und viele weitere wichtige Forderungen eingeht.

4. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!

Wir müssen angesichts zunehmender internationaler Spannungen Europa und die Welt für die Jugend erfahrbar und erlebbar machen. Das ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Internationale Freiwilligendienste und Internationale Jugendarbeit prägen die jungen Menschen ihr Leben lang. Der Kontakt mit anderen Ländern und Kulturen stärkt demokratische Gedanken, Toleranz, Solidarität und Teilhabe – wichtige Zutaten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein länderübergreifendes zivilgesellschaftliches Zusammenleben.

Die staatliche Förderung der Internationalen Jugendfreiwilligendienste und Internationalen Jugendarbeit sollte angepasst werden, um diese auch zukünftig

kostendeckend durchführen zu können!

- Für wertvolle, pädagogisch begleitete Projekte ist der **Einsatz von entsprechenden Fachkräften** unerlässlich. Politik sollte deren Finanzierung sicherstellen.
- Eine **Anpassung der Förderung** der Internationalen Jugendfreiwilligendienste und Internationalen Jugendarbeit ist dafür wichtig. Nur so können wir Projekte anbieten, die die persönliche, soziale und berufliche Entwicklung von jungen Menschen fördern.

5. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!

Obwohl junge Menschen in prekären Lebenslagen eine zentrale Zielgruppe der verschiedenen Hilfesysteme sind, haben sie oft Schwierigkeiten, Zugang zu Unterstützung zu erhalten. Das Hilfesystem erreicht sie nicht. Dies liegt daran, dass die Systeme der

Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit, der Eingliederungshilfe, des Gesundheitswesens sowie die Angebote der Jobcenter nach wie vor oft nicht passgenau und nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind. Es stehen zu wenige Ressourcen zur

Kooperation bereit. Dies trifft nicht die komplexen Bedarfslagen der jungen Menschen.

- Kitas, Schulen, Behörden und andere Stellen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien in Kontakt stehen, müssen Menschen in prekären Lebenslagen vorurteilsfrei begegnen.
- Es braucht passende Angebote und vernetzte Hilfesysteme, die den vielfältigen Bedarfslagen von jungen Menschen in prekären Lebenskonstellationen gerecht werden.
- Angebote dürfen nicht diskriminierend wirken und sind nur hilfreich, wenn die Menschen, die sie benötigen, von ihnen wissen und ihnen vertrauen. Daher müssen sie ohne viel Bürokratie

barrierearm und offen für alle ausgestaltet werden. Dies gilt besonders für Angebote an Jugendliche und junge Erwachsene.

- Quartierssozialarbeit, Streetworker*innen, Jugendtreffs und Beratungsstellen im Sozialraum dürfen nicht knappen kommunalen Kassen zum Opfer fallen. Aufgrund ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe müssen ihre Angebote im Gegenteil ausgebaut werden.
- Erzieherische Hilfen müssen bedarfsentsprechend vorgehalten, angeboten und fachlich geplant werden. Dies darf weder durch knappe kommunale Kassen noch durch eine Überlastung der Ämter infrage gestellt sein.

6. Übergang Schule – Beruf: Kräfte bündeln, Zugänge schaffen, Übergänge begleiten!

Viele junge Erwachsene und Jugendliche leiden unter den Spätfolgen der pandemiebedingten Einschränkungen. Träger der Jugendsozialarbeit, Ausbildungsförderung und Jugendhilfe erleben dies täglich. Die Zahl der als ausbildungsinteressiert gemeldeten Jugendlichen nimmt seit dem Ende der Pandemie kaum zu. Das öffentliche Hilfesystem erreicht eine wachsende Zahl junger Menschen mit Unterstützungsbedarf nicht mehr. Zugleich lässt die sich abzeichnende Wirtschaftskrise befürchten, dass die Aufnahmefähigkeit – insbesondere des dualen Ausbildungssystems – abnehmen wird. Es ist an der Zeit, Strukturen zu schaffen, um die individuelle Begleitung von Übergängen zu gewährleisten.

- Jugendberufsagenturen sind Hoffnungsträger für eine wirksamere Ausgestaltung des Übergangsbereichs. Um ihr Potenzial zu entfalten, müssen sie jugendgerecht und niederschwellig aufgestellt sein. Der IB fordert: Eine Vertiefung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit muss alle beteiligten Akteure (Arbeitsagenturen, Jobcenter, Kinder- und Jugendhilfe) zur Zusammenarbeit verpflichten und darf sich nicht allein auf das SGB III beschränken.

- Um Jugendarbeitslosigkeit vor ihrer Entstehung vorzubeugen, benötigt es präventive Instrumente. Die Berufseinstiegsbegleitung steht im Instrumentenkoffer am Übergang Schule – Beruf zwar zur Verfügung. Sie wird aufgrund eines zu einseitigen Kofinanzierungsgebotes jedoch kaum genutzt. Die Kofinanzierung hebt zu Recht auf eine Beteiligung der Bundesländer ab. Der IB fordert, den Bundesländern weitreichendere Mitbestimmungsrechte bei der konzeptionellen Ausgestaltung der Berufseinstiegsbegleitung einzuräumen.
- Die Finanzkrise 2008/2009 ließ das betriebliche Ausbildungsplatzangebot in historischem Ausmaß schmelzen. Das duale Ausbildungssystem verbindet hochwertige Ausbildungsqualität und die enge Bindung an Betriebe. Zugleich ist es jedoch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen anfällig. Der IB fordert die Vertiefung der außerbetrieblich realisierten Ausbildungsgarantie, um jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Eine ideologiefrei diskutierte und klug konzipierte außerbetriebliche Ausbildungsgarantie stellt den wirkungsvollsten Ansatz der Ausbildungsförderung dar.

7. Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang zwischen Schule, Jugendhilfe und Beruf muss fachlich gut gestaltet werden!

- „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den Rechtskreisen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und der Sozialhilfe sowie der Arbeitsmarktintegration beim Eintritt in die Volljährigkeit müssen gestoppt werden.
- Rechtskreisübergreifende Strukturen auf der Ebene von Förderangeboten sind ein guter Ansatz, um den multiplen Herausforderungen von Jugendlichen am Übergang zwischen Schule und Beruf gerecht zu werden. Nichtsdestotrotz müssen sie weiterentwickelt und noch immer bestehende bürokratische Zugangshürden abgebaut werden. Stattdessen braucht es dringend sozialpädagogische Kompetenzen und eine verlässliche Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort. Wie gute Kooperation gelingen kann, zeigt beispielsweise das Projekt „Spurwechsel“ des IB in Koblenz.
- Angebote der Jugendsozialarbeit in der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe bieten Verlässlichkeit und verfügen über die notwendige sozialpädagogische Professionalität. Darüber hinaus haben sie Zugänge zu den Zielgruppen. Leider geraten sie jedoch an vielen Orten auf-

grund der angespannten kommunalen Haushalte zunehmend unter Druck. Wir fordern Politiker*innen auf allen Ebenen dazu auf, sich für eine präzise, professionelle und verlässliche Jugendsozialarbeit vor Ort einzusetzen. Rechtskreisübergreifende Instrumente zur Erreichung von Jugendlichen in prekären Lebenslagen (wie § 16h SGB II) sind grundsätzlich geeignet, um Jugendliche zu erreichen, die aus vielen Gründen keine Hilfsangebote in Anspruch nehmen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Für die Umsetzung vor Ort muss jedoch das Kooperationsgebot der verschiedenen Akteure – Jobcenter, Jugendämter, freie Träger und gemeinnützige Akteure – dringend realisiert werden! Die Expertise der Jugendhilfe darf nicht außen vor bleiben. Die gemeinsame Finanzierung und Steuerung dieser niedrigschwelligen Angebote muss die Regel statt die Ausnahme sein. Angebote der Jugendsozialarbeit haben ihren eigenen wichtigen Stellenwert und dürfen nicht als günstigere Alternative herangezogen werden, wenn eigentlich ein Bedarf nach einer Erziehungshilfe besteht. Generell gilt: Es braucht bei öffentlichen Trägern hinreichend Ressourcen für eine gute Planung von Hilfen!

8. Junge Wohnungslose nicht alleine lassen!

- Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es gerade für junge Menschen in prekären Lebenslagen besonders schwer, eine Wohnung zu finden. Der IB fordert Verantwortliche auf allen Ebenen auf, diese Zielgruppe bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besonders zu berücksichtigen.
- Das Verlassen einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe birgt für viele junge Volljährige das Risiko, obdachlos zu werden. Es muss sichergestellt werden, dass junge Erwachsene auch gut versorgt sind, wenn der Übergang in die Selbstständigkeit nicht geradlinig erfolgt. Junge Menschen brauchen klare, verlässliche Perspek-

tiven, klare Zuständigkeiten und kontinuierliche Ansprechpartner*innen. Nachbetreuung muss leichter umsetzbar werden um zu verhindern, dass die Erfolge von intensiven, oft jahrelangen Maßnahmen durch ein zu abruptes Ende gefährdet werden.

- Junge Menschen brauchen Zeit und Freiräume für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Für viele sind die festen Strukturen und Abläufe der Hilfesysteme nicht flexibel genug. Um junge Menschen, die den Kontakt zum Hilfesystem verloren haben, zu erreichen, braucht es niedrigschwellige Angebote, die auf ihre individuelle Lebenskonstellation eingehen.

9. Wohnungslosigkeit überwinden

Die Frage nach adäquatem, bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängendsten Fragen unserer Zeit. Gerade Menschen in Wohnungsnotallsituationen, Geflüchtete, Menschen mit geringem Einkommen sind von den Engpässen am Wohnungsmarkt und den Lücken in den sozialen und medizinischen Versorgungssystemen besonders betroffen.

- Der IB fordert die Weiterverfolgung des Ziels, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Die verschiedenen politischen Ebenen müssen vom Bund in die Lage versetzt werden, Wohnungsmärkte gerade in Ballungsräumen wirkungsvoll zu regulieren sowie ihren Aufgaben bei der Prävention von Wohnungsverlusten und bei der Unterstützung und Versorgung von Menschen in Wohnungsnotfällen nachzukommen.
- An der Schnittstelle zwischen dem System der Wohnungsnotfallhilfen und der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen braucht es flächendeckende, ganzheitliche Hilfen. Versorgungslücken müssen geschlossen werden und gute Beispiele bundesweit multipliziert werden.
- Das Europäische Recht auf Freizügigkeit gilt auch für Menschen mit geringen Einkommen und größeren Risiken für Notlagen, aus denen sie nicht aus eigener Kraft herausfinden. Die EU, im Rahmen der Gestaltung der nationalen Grundversicherungssysteme, aber auch das deutsche Hilfe-, Sozial- und Gesundheitssystem sind gefordert, Menschen wirksam vor Verelendung zu schützen.

10. Integration internationaler Fachkräfte über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aktuell und auf lange Sicht in einer digitalen, demografischen und ökologischen Transformation. Diese Tatsache macht es zwingend notwendig, dem sich immer weiter verstärkenden Fachkräftemangel in der Pflege, IT oder Gastronomie durch gesteuerte Zuwanderung zu begegnen. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis 2040 um 10 Prozent sinken wird. Entsprechend bedarf es bis 2040 jährlich rund 300.000 zugewanderner Arbeitskräfte, v.a. aus Drittstaaten.



Bertelsmann Stiftung 2024:
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-arbeitsmarkt>

Dabei geht es nicht nur um die reine Migration nach Deutschland sowie einen Arbeitsplatz hier im Land. Vielmehr müssen – gerade durch die Politik – Integrationsprozesse angestoßen werden, damit die Menschen bei der Teilhabe an der Gesellschaft unterstützt werden, durch Beratungen, Sprachvermittlung und mehr. Das Ziel muss eine ganzheitliche Begleitung und Unterstützung der Eingewanderten

sein. Diesen Aspekt deckt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) nicht ausreichend ab. Um eine faire und erfolgreiche Fachkräfteanwerbung zu ermöglichen, spielen die Gewährleistung eines schnellen Verfahrens zur Einreise und die Berufsanerkennung eine wichtige Rolle. Wir müssen gemeinsam flexible und schnellere Wege zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und zu entsprechender Nachqualifizierung finden.

Um die Fachkräftelücke zu schließen, die in einer Reihe von Berufen besteht, sowie qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu binden, müssen auch die jeweiligen Arbeitsbedingungen verbessert werden.



DGB-Report 2024:
https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/DGB-Index-Gute-Arbeit_2024_Report_Fachkräftesicherung_web.pdf

In Deutschland müssen sich speziell in den Gesundheits- und sozialen Berufen die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung weiter verbessern.

Zudem sind politische Entscheidungen notwendig, um die Integration von Fachkräften aus dem Ausland nachhaltig zu verbessern. Alle involvierten Akteure, also staatliche, private oder gemeinnützige Institutionen, Vereine, Gewerkschaften und mehr, müssen kooperieren, um dieser großen Herausforderung zu begegnen. Damit einher geht auch die Stärkung anstatt des Abbaus von Förderprogrammen für Sprache und Integration, wie zum Beispiel dem Gesamtprogramm Sprache (GPS). Wir müssen gemeinsam Wege finden, wie ressourcenschonend und gleichzeitig qualitativ hochwertig sowohl Fachkräfte als auch Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern Künstliche Intelligenz in der Lage ist, die Arbeit von Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen und schreiben können, zu unterstützen.

Zusammenfassung

- Fachkräfteintegration muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein: Eine enge, konstruktive und verantwortungsvolle Zusammenarbeit der Akteure im Bereich der Fachkräftegewinnung im Ausland ist unumgänglich, um dem Bedarf bis 2030 bzw. 2040 gerecht zu werden.
 - Für eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Integration sind notwendig:
 1. Qualitätsstandards bei den Arbeitsbedingungen.
 2. Nachhaltige Unterstützungsprozesse für die Zugewanderten über die Beschaffung einer beruflichen Stelle hinaus (zum Beispiel Sprachkurse und Beratungsleistungen, Wohnungssuche).
 3. Willkommensbedingungen, die dazu führen, dass Menschen gerne in Deutschland bleiben: Dazu gehören eine entsprechende Willkommenskultur der Aufnahmegesellschaft inklusive einer Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung sowie eine Integration in das soziale Umfeld vor Ort.
4. Beschleunigung der Aufenthaltsverfahren: Mit Bezug auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) müssen die bürokratischen Hürden (Komplexität, unklare Zuständigkeiten, langwierige Prozesse und mehr) abgebaut werden, um eine bessere und schnellere Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland zu ermöglichen.
 5. Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Verfahren (bei allen deutschen Behörden im In- und Ausland); pragmatische Lösungen zur Erfüllung der Darlegungs- und Nachweispflichten (zum Beispiel bei Arbeitszeugnissen), die der Praxis im jeweiligen Drittstaat gerecht werden
 6. Kompetenzorientierung statt Defizitorientierung in den Anerkennungsverfahren, um eine Wertschätzung der bereits erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu signalisieren und vorhandene Kompetenzen produktiv zu nutzen
 7. Mehr Flexibilität bei der Anerkennung unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die duale Berufsausbildung ein deutsches Spezifikum ist; zum Beispiel ausländische Berufsqualifikationen und ausgeprägte berufspraktische Erfahrung als alternative Voraussetzungen ausgestalten
 8. Gesetzgeberische Ermöglichung und Erleichterung von aufenthaltsrechtlichen „Spurwechseln“ (Wechsel zwischen verschiedenen Aufenthaltstiteln)
 9. Entwicklung einheitlicher qualitätssichernder und sozialetischer Standards zur Anwerbung von internationalen Fachkräften (wie etwa das Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“) für verschiedene Branchen und Berufsfelder: Dabei muss die gesamte Prozesskette von der Information und Anwerbung in den Drittstaaten über die Einwanderung bis hin zur sozialen und beruflichen Integration im Inland in den Blick genommen werden.

11. Wir müssen das Gesamtprogramm Sprache stärken!

Mit den Integrations- und Berufssprachkursen bietet das Gesamtprogramm Sprache (GPS) ein international anerkanntes und effizientes System zur sprachlichen Qualifizierung von Zugewanderten. Insbesondere in Hinblick auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zahlen sich die Investitionen laut einer aktuellen OECD-Studie in Deutschland aus.



OECD-Studie: https://migrant-integration.ec.europa.eu/system/files/2024-07/oecd_immigrant%20Integration%20Germany_de.pdf

Diese Investitionen sind auch künftig notwendig, denn aufgrund des demografischen Wandels ist die Wirtschaft auch perspektivisch auf Zuwanderung zur Deckung des Fach- und Arbeitskräftemangels angewiesen – und damit auch auf qualifizierte sprachliche Bildungsangebote.

Nicht nur in Hinblick auf Beschäftigung, sondern auch im Kontext aktueller Diskurse zur Willkommenskultur in einer Einwanderungsgesellschaft und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das GPS von hoher Bedeutung. Der Erwerb von grundständigen Sprachkenntnissen in den Integrationskursen ist Basis für gesellschaftliche Teilhabe. Zusätzlich wird in den Kursen Wissen, unter anderem zu Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, zur Gesellschaft oder Geschichte Deutschlands, vermittelt. Dies bietet Orientierung in Ankommensprozessen von Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nach Deutschland kommen.

Gute Sprachkenntnisse sind für Zugewanderte entscheidend in Bezug auf Teilhabechancen in Alltag, Beruf und Ausbildung sowie für gesellschaftliches Engagement. Daher spricht sich der IB deutlich für die Stärkung der Integrations- und Berufssprachkurse und die Stabilisierung des Gesamtprogramms Sprache aus:

- Anpassung des Kostenerstattungssatzes der Sprachkurse für eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Träger: Die kontinuierlich gestiegenen Kosten der Träger blieben bei den letzten Erhöhungen des Kostenerstattungssatzes für Integrations- und Berufssprachkurse weitestgehend unberücksichtigt. Als Folge davon befindet sich dieser mittlerweile auf einem deutlich zu niedrigen Niveau. Der tatsächliche Kostenaufwand der Träger ist hiermit nicht mehr abgedeckt.
- Einführung einer mehr auf Langfristigkeit ausgelegten Finanzierungsstruktur, die Trägern mehr Planungssicherheit bietet und Strukturen stabilisiert. Zudem sollte der Abbau von übermäßigen bürokratischen Strukturen, zum Beispiel durch den Ausbau an digitalen Verfahren, vorangetrieben werden.
- Aufstockung der Mittel für das Programm „Integrationskurs mit Kind Plus“: Das Programm verbessert die Chancen von Eltern mit kleinen Kindern zur Teilhabe an den Integrationskursen, der tatsächliche Bedarf an Kinderbeaufsichtigung übersteigt jedoch deutlich die zur Verfügung gestellten Mittel.
- Wiedereinführung von erfolgreichen Spezialkurstypen für Teilnehmende in bestimmten Lebenslagen, die im Zuge der Haushaltsaufstellung 2025 der Ampelregierung eingespart wurden, wie beispielsweise der Jugendintegrations Sprachkurs: Im Fokus dieses Angebots für junge Zugewanderte stehen zum Beispiel Themen wie Ausbildung oder Bewerbung. Ein pädagogisch begleitetes Betriebspraktikum, zum Beispiel bei einem möglichen späteren Ausbildungsbetrieb, rundet das Kurskonzept ab. Kleine und mittelständische Unternehmen haben große Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsstellen. Die Streichung der Jugendintegrationskurse geht daher nicht nur an den Bedürfnissen der Zielgruppe, sondern deutlich auch an den Erfordernissen der Wirtschaft vorbei.
- Sicherung einer angemessenen Finanzierung der Integrations- und Berufssprachkurse, damit ein stabiles, flächendeckendes Sprachkursangebot mit ausreichenden Platzkapazitäten gewährleistet ist

12. Stärkere strukturelle Förderung für Politische Bildung / Demokratiebildung!

Die Aufgabe von Politischer Bildung und Demokratieförderung ist es, junge Menschen darin zu unterstützen, den Wert von Demokratie schätzen zu lernen und dafür zu werben. Politische Bildung setzt an der Lebenswelt junger Menschen an, stärkt Selbstvertrauen und Handlungskompetenzen, bietet Erfahrungswissen und das Erlernen demokratischer Verhaltensweisen im Alltag.

Politische Bildung und Demokratieförderung sind entscheidend, wenn es um die Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen geht. Politische Bildung kann Demokratie für junge Menschen erlebbar machen und das bedeutet auch, sie in ihrer Persönlichkeit zu stärken.

Die Politische Bildung soll die Sensibilisierung der Jugendlichen in einem vielfältigen demokratischen Miteinander unterstützen und ihre Beteiligung in der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft stärken. Dass junge Menschen politisches Interesse haben, zeigt die Fridays-for-Future-Proteste eindrucksvoll. Viele Menschen – besonders Jugendliche – werden jedoch immer mehr gesellschaftlich abgehängt und sind durch ein krisenhaftes Aufwachsen geprägt, wodurch die Gefahr einer Offenheit gegenüber menschenfeindlichen Ideologien steigt. In den jüngsten Wahlergebnissen zeigte sich das erneut. Grundsätzlich braucht es deshalb eine strukturelle Unterstützung für Politische Bildung.

Unsere Erwartungen

- Erhalt und Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), um demokratische Räume im nahen Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen zu erhalten
 - Stärkung und nachhaltiger Ausbau der Politischen Bildung und der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit: Dies erfordert, neben der strukturellen Absicherung, die strategische Integration von Ansätzen der Politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit.
 - Stärkere Berücksichtigung der Schüler*innen, Kinder und Jugendlichen in der Förderphilosophie von Bundesprogrammen und der Entwicklung niedrigschwelliger, zielgruppenkonformer Beteiligungsformate
 - Verstetigung demokratiefördernder Bundesprogramme, wie beispielsweise das Bundesprogramm Respekt Coaches, sowie Stärkung der Partner dieser Programme und der Träger der Politischen Bildung
- Stärkere strukturelle Förderung der Politischen Bildung / Demokratiebildung, um sich ausbreitende antidemokratische Tendenzen zu bekämpfen sowie der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Außerdem können Jugendliche durch Politische Bildung lernen, ihre Interessen zu vertreten. Dazu bedarf es einer stärkeren Einbindung der Politischen Bildung in schulische Strukturen, Strukturen der sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe sowie darüber hinaus auch anderer gesellschaftlicher Institutionen.

13. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen!

Nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute: Die UN-Flüchtlingshilfe spricht von 122,6 Millionen Menschen, die aktuell wegen Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen ihre Heimat verlassen mussten. Doch die Tendenz der Länder, die wie Deutschland in relativem Wohlstand leben, sich abzuschotten und die Aufnahme zu verweigern, nimmt immer mehr zu.

Europa muss seine Abschottungspolitik infrage stellen. Menschen müssen auch an den EU-Außengrenzen einen rechthebasierten Zugang zum Asylsystem haben, und insbesondere die Kinderrechte müssen zu jedem Zeitpunkt umgesetzt werden.

- Deutschland braucht die politischen Rahmenbedingungen, die es Geflüchteten erlauben, hier nicht nur physisch, sondern auch sozial anzukommen. Die Infrastruktur für Beratung und Sprachförderung, für schulische Angebote und berufliche Qualifizierungen, für soziale Programme und psychosoziale Betreuung muss dauerhaft stabil finanziert und angemessen ausgebaut werden.
- Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur Integration einzufordern, sondern ein inklusives Sozial- und Bildungssystem zu schaffen und aufrechtzuerhalten, das Menschen mit einer anderen Herkunftssprache nicht ausschließt. Eine inklusive Gesellschaft ist die Basis dafür,

dass wichtige Ressourcen unserer Gesellschaft, nämlich Kreativität, Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft, durch Zuwanderung noch weiter wachsen. Gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland können wir von Zuwanderung profitieren.

- Dringender Handlungsbedarf besteht auch auf dem Wohnungsmarkt: Generell haben es Menschen mit geringem Einkommen heute schwer, angemessenen Wohnraum zu finden – für Geflüchtete ist diese Hürde noch viel höher. Beengte Wohnverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften können nur kurzfristige Notlösungen sein.
- Die Aufnahme von Geflüchteten ist nicht nur eine humanitäre Verantwortung, sondern auch eine Chance für unser Land. Die neue Bundesregierung muss dementsprechend handeln. Ihre politischen Entscheidungen können der Grund für Ängste und komplizierte bürokratische Prozesse sein, die die Betroffenen tief verunsichern – oder das Gefühl von Sicherheit vermitteln und dazu beitragen, dass es Geflüchteten schneller gelingt, sich tragfähige Lebensgrundlagen aufzubauen.

14. Zivilgesellschaftliche Träger wie der IB sollten staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen!

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben nachhaltige Möglichkeiten, die Entwicklungsagenda 2030 der Vereinten Nationen umzusetzen. Sie sind damit eine Ergänzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und können die Programme sinnvoll flankieren und erheblich unterstützen. Damit sich zivilgesellschaftliche Organisationen wie der IB im

Ausland engagieren können, bedarf es entsprechender Förderprogramme des Bundes. Daher ist es wichtig, die staatlichen Programme zur Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen beizubehalten und weiter auszubauen. Hinzu kommt:

- Zivilgesellschaftliche Akteure sind deshalb so wichtig, weil sie langfristige und nachhaltige Strategien unabhängig von politischen Akteuren entwickeln können, um Veränderungsprozesse anzustoßen.
- In wenig demokratischen Systemen stellen NGOs einen wichtigen Monitor für die Arbeit staatlicher Akteure dar.
- Konkret erwarten wir von der Politik daher eine stärkere Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Planung von staatlichen Entwicklungsprojekten und die Entbürokratisierung von Antragsverfahren.

15. Überfällig: Bundesweite Fachkräftestrategie für Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe!

Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe (Care-Berufe) sind systemrelevant. Der Fachkräftemangel bedroht jedoch bereits jetzt – noch vor seinem zu erwartenden Höhepunkt – speziell diese Branchen. Ein besonderes Nadelöhr stellen hierbei die Schulen, Kitas und die Jugendhilfe dar: Wenn wichtige Bildungs- und Sozialsysteme in den ersten Lebensjahren ihren Qualitätsstandard nicht aufrechterhalten können, haben Kinder schlechtere Startbedingungen für ihr Leben. Zudem stehen ihre Eltern dem Markt nicht als Fachkräfte zur Verfügung. Genauso dramatisch stellt sich die Lage in der Pflege dar: Einer statistischen Pflegekräftevorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge werden aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2049 voraussichtlich zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen.



DeStatis 2024:
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_033_23_12.html

Öffentliche Care-Arbeit ist Grundlage für Gesellschaft und Wirtschaft. Doch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in diesen Branchen ist eklatant. Es ist Zeit für eine konzertierte Fachkräfteoffensive in den Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufen – Imagekampagnen reichen nicht aus! Nötig ist eine umfassende Strategie mit Reformansätzen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung, Rechtsrahmen und Finanzierung.

Grundsätzlich geht es uns um eine Aufwertung und bessere Anerkennung der Care-Berufe: Die Attraktivität muss gesteigert werden. Hierzu zählt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch in den Aus- und Weiterbildungen, um die Zahl der Auszubildenden in den kommenden Jahren zu erhöhen und derzeit dort arbeitende Menschen auch in diesen Jobs zu halten. Vorschläge für weitere Maßnahmen

zur Steigerung der Attraktivität sind: Eindämmung der Belastung (Personalschlüssel in der Pflege anheben), bessere Entlohnung, bessere Arbeitszeiten, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Quereintritt ermöglichen sowie Hürden abbauen. Die im Zuge dessen entstehenden Kostensteigerungen dürfen dabei nicht weiter zulasten der Pflegebedürftigen/Hilfeempfangenden gehen.

Konkrete politische Erwartungen

Dem Fachkräftemangel in der Pflege und im Elementar- und Sozialbereich muss die Politik bundesweit mit einer umfassenden und nachhaltigen Strategie begegnen. Es braucht entsprechende Ressourcen und Strukturen, wie beispielsweise Fachberatung, um bei veränderten Teamzusammensetzungen gute Leistungen aufrechtzuerhalten.

- In der Pflege bedarf es zudem einer umfassenden Strukturreform, um den Herausforderungen des steigenden Personalbedarfs, der steigenden Versorgungsunsicherheit, der steigenden Eigenanteile, des Finanzierungsproblems der Pflegeversicherung und den drohenden wirtschaftlichen Insolvenzen von Pflegeanbietern langfristig und entsprechend der demografischen Entwicklung zu begegnen.

Die schulischen Ausbildungen in Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufen aufwerten!

- Trägerunabhängige, durch den Bund refinanzierte Ausbildungsentgelte für Praxisphasen
- Bund-Länder-Initiative zur Stärkung der Praxisanteile in der Erstausbildung (PiA) und Etablierung der Praxisintegrierten Ausbildung auch für Kita-Quereinsteiger*innen sowie eine Verkürzung der Ausbildungszeit.

- Gesetzliche Rahmenvereinbarungen bundesweit vereinheitlichen!

Sämtliche Care-Ausbildungen mit betrieblichen und bundesrechtlichen Ausbildungen gleichstellen.

- Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe mit betrieblichen Berufen im Bereich der Ausbildungsförderung gleichstellen.
- Reform des § 57 SGB III in Hinsicht auf Absatz 1: Förderfähigkeit jener Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufsausbildungen schaffen, auch in landesrechtlich geordneten Berufen.
- Eigene Instrumente der Ausbildungsförderung für junge Menschen, die Unterstützung auf dem Weg zum Berufsabschluss benötigen
- Gehaltsstrukturen in der Altenpflege an jene in der Kranken- und Gesundheitspflege angleichen!

Das Ausbildungswesen in den PES-Berufen reformieren!

- Neue Ausbildungswege in den Erziehungsberufen möglich machen!

- Bundesförderung für derartige neue Ausbildungsmodelle, um mit der Ausweitung der Rechtsansprüche Schritt zu halten

- Mehr Ausbildungsplätze in Pflege und Kindertagesstätten! Angepasste Finanzierungsmodelle, um auch in den Erziehungshilfen Anleitung von Praktika zu fördern.

Ausweitung der Rechtsansprüche im Bereich Kinderbetreuung

- Den Rechtsanspruch von der frühkindlichen Bildung bis ins mittlere Kindesalter ausweiten!
- Ausbau des Personals mit Qualifizierungsprofil (Erzieher*innen oder Bachelor/Master Sozialpädagogik), um dem fachlichen Anspruch der Bildung, Erziehung und Betreuung im mittleren Kindesalter gerecht zu werden: So können sie auf Augenhöhe mit allen pädagogischen und sozial tätigen Fachkräften an Schulen arbeiten.
- Wir unterstützen die Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit e. V. (BAG BEK) zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung im Grundschulalter.

16. Für wirkliche Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen!

Der IB setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein sowie für Teilhabemöglichkeiten aller hier lebenden Menschen. Insbesondere mit Blick auf Menschen mit Behinderung bestehen noch viele Teilhabebarrrieren, die die Gesellschaft dringend aus dem Weg räumen muss.

Menschen mit und ohne Behinderung haben ein echtes Wunsch- und Wahlrecht, dies muss aber auch konsequent umgesetzt werden (also beispielsweise in einer wirklich freien Wahl des Wohn- und Arbeitsorts). Die im Gesetz festgelegte Personenzentrierung muss in der Praxis auch verwirklicht werden und darf nicht Sparschwängen zum Opfer fallen!

- Inklusives SGB VIII: Deutschland muss die Kinder- und Jugendhilfe möglichst schnell wirklich inklusiv ausgestalten. Die bisherigen Reformschritte gingen weitgehend in die richtige Richtung. Bis zur Verabschie-

dung von verschiedenen „Schubladen“ ist jedoch noch einiges zu tun.

- Damit Inklusion möglich wird, müssen sich Gesellschaft und Institutionen weiter verändern. Wir müssen a) räumliche und b) gedankliche oder Kommunikationsbarrieren finden und abbauen – also zum Beispiel a) Treppen und b) komplizierte Formulare, aber auch exkludierende Praktiken und Haltungen.
- Menschen mit Behinderung müssen einen besseren Zugang zu einem inklusiven Schulsystem erhalten.
- In den vergangenen Jahren haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine bessere Teilhabe (junger) Menschen mit Behinderung am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt verbessert. Beispiele sind die inklusive Neugestaltung

der Teilzeitausbildung sowie die inklusive Umgestaltung der Einstiegsqualifizierung. Das Nadelöhr stellt jedoch die zu geringe Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft dar. Politische Gestaltung für eine inklusive Arbeitswelt darf sich nicht auf Reformen gesetzlicher Rahmenbedingungen und Förderinstrumente beschränken, sondern muss auch die Wirtschaft in die Pflicht nehmen!

- Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, an Freiwilligendiensten teilzunehmen. Dazu muss insbesondere die Kostenübernahme von Teilhabeleistungen sichergestellt und nachvollziehbar geregelt sein.

- Die Leistungen zur Teilhabe müssen Menschen mit Behinderungen noch stärker in den Mittelpunkt stellen. Dies wurde bereits durch das Bundessteilhabegesetz und die Neuausrichtung auf personenzentrierte Leistungen angestrebt, aber bisher nicht vollständig umgesetzt. Es bedarf unter anderem einer verbesserten Kooperation der Reha-Träger. Zudem sollte es aus unserer Sicht darum gehen, die Position der Leistungsberechtigten weiter zu stärken.

17. Weiterbildung zukunftsicher aufstellen – die „Weiterbildungsnation“ voranbringen!

Im Zeitalter der Transformation ändern sich berufliche Anforderungen in rasantem Tempo. In Deutschland mangelt es jedoch weiterhin an geeigneten Rahmenbedingungen, die es Berufstätigen ermöglichen, sich kontinuierlich weiterzubilden. Ebenso fehlen Möglichkeiten, um Erwerbslosen den schnellen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die neue Bundesregierung sollte sich dieser Aufgabe annehmen.

Statt die Bildungsdefizite der beruflichen Erstausbildung auszugleichen, verstärken sich Bildungsungleichheiten im Lebensverlauf. Weiterbildung muss zu einer gleichberechtigten vierten Säule des Bildungssystems zwischen Schule, Hochschule und Berufsausbildung ausgebaut werden. Besondere Aufmerksamkeit erfordern dabei die Governance-Strukturen der Weiterbildung, die im internationalen Vergleich zu den komplexesten zählen. Es fehlt laut OECD an einer eindeutigen Festlegung der Verantwortlichkeiten. Die fragmentierte Weiterbildungslandschaft muss sich zu einem kohärenten Weiterbildungssystem entwickeln. Ohne eine transparente und wirkungsvolle Steuerung laufen Reformen Gefahr, ihre Chance auf höhere Leistungsfähigkeit, Effizienzsteigerung und Synergiegewinnung zu verfehlen. Deshalb ist eine wirksame Steuerung eine Kernfrage der Weiterbildungspolitik. Eine neue Governance-Struktur braucht analog der beruflichen Erstausbildung einen gesetzlichen Rahmen und fest etablierte Steuerungsgremien, in denen sich die wesentlichen Akteurinnen und Akteure der Weiterbildung regelmäßig beraten und abstimmen. Dies gilt auf allen politischen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen.

- Es muss ein stimmiges Gesamtkonzept geben, einen Rahmen, wie das „Parlament der Weiterbildung“. Daran sollten alle relevanten Akteure, in Anlehnung an die Regelung der Erstausbildung unter Beteiligung der Sozialpartner, der Länder und auch der Weiterbildungsträger, beteiligt sein. Dies ist wichtig, um der zunehmenden Bedeutung der Weiterbildung gerecht zu werden. Wir benötigen eine Strukturreform statt inkohärenter Einzelmaßnahmen.
- Die Weiterbildung muss als vierte Säule des Bildungssystems ausgestaltet werden.

Es bestehen erhebliche regionale Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung und im Angebotsumfang. Der Zugang zu Weiterbildungsangeboten darf jedoch nicht vom Wohnort abhängig sein. Ein flächendeckendes Netzwerk aus Aus- und Weiterbildungsverbänden oder Transformationsnetzwerken hat die Aufgabe, Lücken zu schließen, Kooperationen anzuregen und so ein bedarfsgerechtes und transparentes Angebot sicherzustellen. Eine gesetzliche Verankerung der Verbände im Sozialgesetzbuch III sollte man prüfen. Um die strikte Trennung zwischen Aus- und Weiterbildung zu überwinden, müssen Institutionen der Erstausbildung wie Berufsschulen, überbetriebliche Berufsbildungsstätten, Fachschulen und Hochschulen einbezogen werden.

- Aus- und Weiterbildungsverbände müssen als Bestandteil der regionalen Weiterbildungsstruktur verankert sein.

Der Lern- und Bildungserfolg der Lernenden hängt maßgeblich vom Weiterbildungspersonal ab. Daher ist es dringend notwendig, die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in diesem Bereich zu verbessern. Gleichzeitig ist eine funktionsfähige Trägerstruktur unerlässlich, um qualitativ hochwertige und wirkungsvolle Weiterbildungsangebote zu gewährleisten. Die neue Bundesregierung sollte das angekündigte Bundestariftreuegesetz zügig einführen, und es sollte die aktive Förderung nach dem SGB II und SGB III erfassen.

- Eine faire Finanzierung, gute Arbeitsbedingungen, eine qualitative Förderung des Weiterbildungspersonals und die Sicherstellung einer funktionsfähigen Trägerlandschaft ist unerlässlich.
- Eine Entbürokratisierung der AZAV ist dringend geboten, um Trägervielfalt zu sichern und Weiterbildungsbedarfe decken zu können.
- Die Einführung des Bundestariftreuegesetzes ist auch deshalb notwendig, um den Anspruch von Beschäftigten auf faire Löhne für gute Arbeit umzusetzen sowie tarifgebundene Unternehmen vor unfairen Wettbewerbsnachteilen und vor ruinösem Unterbietungswettbewerb zu schützen.

Berufsanschlussfähige Teilqualifikationen (TQ) führen in systematischen und aufeinanderfolgenden Schritten zu einem vollwertigen Berufsabschluss. Sie bieten eine Lösung für den Fachkräftemangel und eröffnen arbeitsmarktfernen Personen die gesellschaftliche Teilhabe. Es braucht jedoch Rechtssicherheit. Die neue Regierung sollte TQ im Berufsbildungsgesetz gesetzlich verankern und an das Sozialgesetzbuch III anschlussfähig machen.

- Berufsanschlussfähige Teilqualifikationen müssen gesetzlich verankert werden.

Die Einführung einer Bildungs(teil)zeit schließt eine bestehende Lücke in der Förderung. Sie ermöglicht die betriebs- und arbeitgeberunabhängige Förderung von Beschäftigten, die eigeninitiativ Weiterbildungsangebote wahrnehmen wollen, hierbei aber vor Hürden stehen.

- Die neue Regierung sollte die Bildungs(teil)zeit in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgreifen und für Menschen mit wenig Weiterbildungserfahrung attraktiv machen.

18. Für einen ganzheitlichen Digitalisierungsansatz, der Aus- und Weiterbildung einschließt!

Die Digitalisierung in Deutschland ist an vielen Stellen noch stark ausbaufähig. Auch der Internationale Bund als großer Träger von Bildungsangeboten beschäftigt sich intensiv mit dem Thema – im Sinne seiner Zielgruppen, Mitarbeiter*innen und Auftraggebenden. Um Deutschland hier nachhaltig voranzubringen, bedarf es einer umfassenden Digitalisierungsstrategie. Sie muss mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abgestimmt sein und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Diese Strategie sollte aus unserer Sicht die folgenden Aspekte berücksichtigen:

Der Mensch

- Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Hintergrund – und weiteren Merkmalen – dazu befähigt werden, an digitalen Angeboten teilnehmen zu können (Ausstattung,

digitale Infrastruktur, Medienkompetenz, digitale Barrierefreiheit). Zudem muss es analoge Optionen für Menschen ohne Zugang zum Internet und digitalen Angeboten geben.

- Für die erfolgreiche Bewältigung der digitalen Transformation muss man den Menschen insbesondere digitale Schlüsselkompetenzen vermitteln. Junge Menschen arbeiten bereits selbstverständlich mit digitalen Tools. Es bedarf jedoch einer Bewusstseinsbildung dieser Zielgruppe für den Umgang mit Instagram, TikTok, WhatsApp und weiteren sozialen Medien. Dabei geht es beispielsweise darum, auf psychologische, gesellschaftliche, gesundheitliche, datenschutzrechtliche Chancen und Risiken sowie die mögliche gesteuerte Beeinflussung durch menschen- und demokratiefeindliche Akteure hinzuweisen (digitale Bewusstseinsbildung).

- Um Chancengerechtigkeit in der Bildung und Arbeitswelt zu gewährleisten, soll der Innovationschub durch den Digitalpakt Schule verstetigt werden. Zukünftige Maßnahmen dürfen nicht auf die Anschaffung von Technik beschränkt sein und müssen konsequenter umgesetzt werden. Lehrpläne in Schule und Berufsschule müssen an die Anforderungen der Digitalisierung angepasst sein. Dazu gehört auch die Medienbildung des eingesetzten Personals.
- Zusätzlich fordert der IB die Ausrufung einer „Digitaloffensive Weiterbildung“, einschließlich eines individuellen Rechtsanspruchs aller Menschen auf berufliche Weiterbildung sowie einer Infrastrukturförderung für Träger der beruflichen Bildung. Die staatliche Förderung muss sich zumindest auf gemeinnützige Träger erstrecken, um die erforderlichen Investitionen zu ermöglichen. Die Weiterbildung muss die vierte Säule des Bildungssystems werden.

Die Technik

- Die digitale Infrastruktur in Deutschland hält internationalen Standards nicht stand und muss schnell und leistungsstark ausgebaut werden. Ohne leistungsfähige digitale Infrastruktur wird der Wirtschaftsstandort Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit nicht bewahren können. Es muss selbstverständlich sein, dass durch den Ausbau digitaler Netze jede*r überall in Deutschland schnelles Internet nutzen kann. Auch die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit für alle Menschen wäre ansonsten kaum denkbar.
- Eine gezielte öffentliche Förderung von Wissenschaft und Forschung zur Digitalisierung und insbesondere zur Künstlichen Intelligenz (KI) ist soziale und technologische Bedingung für die digitale Transformation. Daneben bedarf es einer Begleitforschung über die gesellschaftlichen Auswirkungen, die Akzeptanz und die Konsequenzen der digitalen Transformation.
- Für die Digitalisierung müssen verlässliche europäische und internationale Rahmenbedingungen gewährleistet sein, um Rechtssicherheit im Umgang mit digitalen Medien – unter anderem in öffentlich geförderten Projekten – zu schaffen.

Die Organisation

- Der IB unterstützt die Idee zur Gründung einer Bundeszentrale für Medienbildung und digitale Sicherheit. Diese dient unter anderem der Aufklärung der Bevölkerung und der Versorgung mit

Angeboten, beispielsweise für den Einsatz von digitalen Tools.

- Es ist sinnvoll, Arbeitsmodelle zu flexibilisieren. Die Politik sollte Regelungen schaffen, damit mobiles Arbeiten oder Homeoffice im Einvernehmen von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden möglich ist.
- Das Modell einer digitalen Verwaltung (Digital Government) sollte Deutschland gezielt und zügig ausbauen. Dies macht Prozesse niedrigschwellig zugänglich und beschleunigt sie. Die Umsetzung sollte aber mit Rücksicht auf alle Menschen mit ihren vielfältigen Kompetenzen und Bedürfnissen zielgruppenadäquat sein.
- Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die Deutschland im Zuge der beschleunigten Digitalisierung aufgrund der Coronapandemie gewonnen hat, sollten auch nach deren Ende verwertet werden. Dies bedeutet zum Beispiel, dass traditionelle, analoge Angebote verstärkt zu hybriden oder volldigitalen Prozessen werden.

Nach Ansicht des IB müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Umsetzung der geforderten ganzheitlichen Digitalisierungsstrategie stets folgenden Maßstäben gerecht werden:

Beteiligungsorientiert

Beschäftigte und Adressaten*Adressatinnen mit einbeziehen

Interaktionsbezogen

Interaktive Arbeit nicht ersetzen, sondern unterstützen

Menschengerecht

Ziel ist stets das individuelle Wohlbefinden sowie die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten. Alles ist auf die Entwicklungsmöglichkeiten des*der Einzelnen ausgerichtet. Handlungs- und Entscheidungsspielräume werden gefördert und die Arbeit erleichtert, wobei Vielseitigkeit erhalten bleibt.

Nachhaltig

Gute Beispiele aufnehmen und auf andere Bereiche transferieren

1. Hochwertige, flächendeckende Kindertagesbetreuung vom Beginn bis in die Grundschule!

Daniela Keeß

Leiterin Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

daniela.keess@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 150

2. Zuwanderung als Chance begreifen und die Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationsbiografie fördern!

Jochen Kramer

Abteilungsleiter „Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“

jochen.kramer@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 207

3. Zugangsbarrieren in die Freiwilligendienste abbauen, um deren Potenzial auszuschöpfen!

Kira Bisping / Olav Homburg

kira.bisping@ib.de, olav.homburg@ib.de

Tel. 069 / 9 45 45 - 223 oder - 220

4. Wir müssen mehr jungen Menschen internationale Begegnungen ermöglichen!

Sterenn Coudray

Internationale Jugendarbeit

sterenn.coudray@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 191

5. Junge Menschen in prekären Lebenslagen brauchen passende und verlässliche Angebote!

Daniela Keeß

Leiterin Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

daniela.keess@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 150

6. Übergang Schule – Beruf: Kräfte bündeln, Zugänge schaffen, Übergänge begleiten!

Olaf Rother / Daniela Keeß

olaf.rother@ib.de, daniela.keess@ib.de,

Tel. 069 / 9 45 45 - 161 oder Tel. 069 / 9 45 45 - 150

7. Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang zwischen Schule, Jugendhilfe und Beruf muss fachlich gut gestaltet werden!

Olaf Rother

Arbeitsmarkt und Berufsbildung

olaf.rother@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 161

8. Junge Wohnungslose nicht allein lassen!

Daniela Keeß

Leiterin Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

daniela.keess@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 150

9. Wohnungslosigkeit überwinden

Daniela Keeß

Leiterin Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

daniela.keess@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 150

10. Integration internationaler Fachkräfte über die Beschaffung eines Arbeitsplatzes hinaus!

Verena Schneeweiß

Referatsleiterin „International Migration Services“ (IMS)

verena.schneeweiss@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 195

11. Wir müssen das Gesamtprogramm Sprache stärken!

Andrea Hartig

Arbeitsmarkt und Berufsbildung

andrea.hartig@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 186

12. Stärkere strukturelle Förderung für Politische Bildung/ Demokratiebildung!

Sascha Horn

Referatsleiter „Jugend, Chancen, Demokratie“

sascha.horn@ib.de, Tel. 030 / 2 14 09 - 627

13. Wir brauchen politische Bedingungen, damit Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch sozial ankommen!

Daniela Keeß

Leiterin Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

daniela.keess@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 150

14. Zivilgesellschaftliche Träger wie der IB sollten staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen!

Rosina Dittrich

Referatsleiterin „Entwicklungszusammenarbeit“

rosina.dittrich@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 190

15. Überfällig: Bundesweite Fachkräftestrategie für Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufe!

Elisabeth Späth

Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

elisabeth.spaeth@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 216

16. Für wirkliche Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen!

Marina Schmidt

Abteilung „Familie und besondere Lebenslagen“

marina.schmidt@ib.de, Tel. 069 / 9 45 45 - 205

17. Weiterbildung zukunftssicher aufstellen – Die „Weiterbildungsnation“ voranbringen

Stephanie Raptarchis / Olaf Rother

stephanie.raptarchis@ib.de, olaf.rother@ib.de

Tel. 0171 544 438 2 oder Tel. 069 / 9 45 45 - 161

18. Für einen ganzheitlichen Digitalisierungsansatz, der Aus- und Weiterbildung einschließt!

Martin Ehrlich

Projektleitung IB Digital

martin.ehrlich@ib.de, Tel. 0157 / 855 776 63

Ansprechpartnerin Politik:

Stephanie Raptarchis

Public Affairs

stephanie.raptarchis@ib.de, Tel. 0171 / 544 438 2



Impressum

Internationaler Bund e. V. (IB)
Sitz: Frankfurt am Main, VR 5259
Herausgeber: Thimeo Fojkar,
Vorsitzender des Vorstandes

Unternehmenskommunikation
Leitung: Dirk Altbürger
Redaktion: Matthias Schwerdtfeger
Gestaltung: Aleksandar Agbaba

Valentin-Senger-Str. 5
60389 Frankfurt am Main
Telefon 069 94545-0
Telefax 069 94545-280
info@ib.de
www.ib.de

Bildnachweis: unsplash.com | Claudio Schwarz

Stand: 2025-01